

Wir wurden respektiert, weil wir uns wehrten



Anno 2003 beschlossen die Zürcher LehrerInnen den «Bleistiftstreik». Dieser war eine der vielen Aktionen des öffentlichen Personals, um den damaligen Sparmassnahmen der Regierung die Stirn zu bieten. Von Hans Bernet

Anfang der 2000er Jahre war der Kantonsrat bürgerlich dominiert. Seine neoliberale Haltung machte dieser mit dem Beschluss einer Ausgabenbremse deutlich, welche dazu führte, dass 2003 Abbaumassnahmen von gut 2 Milliarden Franken angekündigt wurden, die bis 2007 umgesetzt werden sollten. Unter dem Motto «Kampf dem Kahlschlag» nahmen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Fehdehandschuh auf.

Vereinte Kräfte

Von Lehrkräften waren im Rahmen eines Protesttages verschiedene Aktionen geplant. Zusammen mit dem Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) und dem Verein Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH) rief der VPOD zu einem kantonalen Protesttag der Volksschule am 20. Juni auf, der auch streikähnlichen Charakter haben sollte. «Nachdem wir immer wieder Kampfmassnahmen angedroht hatten, sehen wir uns zu diesem Schritt gezwungen», schrieb der damalige VPOD-Regionalsekretär der Sektion Lehrberufe an die neue SP-Bildungsdirektorin Regine Aeppli.

Sensationell war, dass die Lehrerorganisationen gemeinsam handelten. Vor allem der ZLV wurde lange bearbeitet, damit er schliesslich auch mit im Boot war

– gut Ding will Weile haben. An den Synoden* konnten wir unsere KollegInnen von der Notwendigkeit des Widerstands überzeugen und in vielen Schulhäusern des Kantons bildeten sich Arbeitsgruppen, um für unsere Anliegen eine breite Öffentlichkeit zu gewinnen. Eltern informierten wir, inwiefern sie direkt von den Kürzungen betroffen wären und baten sie um ihre Solidarität.

Verlauf des Protesttags

Am Protesttag standen wir frühmorgens vor den Bahnhöfen und verteilten Flugblätter mit unseren Forderungen. Diese hingen auch im ganzen Kanton auf Transparenten an den Schulhausfassaden:

- Weder Abbau von 500 Vollzeitstellen noch grössere Klassen
- Kein Abbau der Stütz- und Fördermassnahmen
- Keine Streichung des Religions- und B-Unterrichts
- Keine Aussetzung des Stufenanstieges bis 2007
- Keine Reduktion des Teuerungsausgleichs

Um 9 Uhr wurden wir von der Journalistin des Lokalblattes interviewt, von 10.30 bis 11.45 Uhr fand eine lebhaftige Versammlung aller Lehrpersonen der Gemeinde statt. Wir diskutierten über die Möglichkeiten des Widerstands:

- Strategien zur Abwehr von Sparmassnahmen und Überlastung
- Das «Vergessen» von administrativen Arbeiten
- Das «Versanden-Lassen» von Projekten, um die Belastung zu reduzieren
- Fortsetzung des Protests nach den Sommerferien
- Einheitliches Auftreten der Lehrer-Organisationen

Weil wir unsere Zeit lieber ins Unterrichten investieren statt sie mit dem Ausfüllen von Formularen zu verträdeln, beschlossen wir sodann den «Bleistiftstreik»: Wir wollten in Zukunft unsere Zeit nicht mehr mit dem Erledigen administrativer Aufgaben verschwenden. Am Abend fanden sich weit über 2000 Lehrkräfte auf dem Platzspitz ein, um den erfolgreichen Protesttag zu beschliessen.

Auf ein Neues

Uns wurde zugehört, wir genossen viel Zustimmung seitens der Bevölkerung und selbst die Presse war uns wohlgesinnt. Wir wurden respektiert, weil wir uns wehrten. Leider sind die Forderungen von damals mit der Einführung des nBA heute wieder aktueller denn je. Deswegen: Auf eine Repetition des Bleistiftstreiks!

Hans Bernet ist Sekundarlehrer. Nach 6 Monaten in Pension unterrichtet er wieder, weil es ihm nach wie vor Spass macht.

* Versammlung aller Lehrpersonen des Bezirks, die inzwischen abgeschafft wurde.

Neuer Berufsauftrag muss besser werden

Gewerkschaftssekretär Fabio Höhener führt beim VPOD das Dossier «neuer definierter Berufsauftrag». Nach dem ersten Jahr seit der Einführung, unzähligen Gesprächen mit Lehrpersonen und der Durchführung zweier Umfragen zieht er in diesem Interview Bilanz.

VPOD Pflichtlektion: Das erste Schuljahr seit Einführung des neuen Berufsauftrages für Lehrpersonen ist beendet. Wie hast du die Einführung erlebt?

Fabio Höhener: Die Einführung des neuen Berufsauftrages verlief turbulent. Die Schulführung und Lehrpersonen waren in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich gut auf die Umsetzung vorbereitet. Das hat im Kollegium für grosse Unruhe und Frust gesorgt. Der VPOD leistete deshalb insbesondere viel Aufklärungsarbeit, kritisierte zahlreiche Mängel der Reform und intervenierte bei falschen Überführungen.

Wie hätte eine korrekte Überführung ablaufen sollen? Lehrpersonen besitzen das Recht, das gleiche Pensum wie im Vorjahr zu behalten. An dem hat auch der nBA nichts geändert. Neu ist aber der Beschäftigungsgrad und nicht die Lektionenzahl für das Pensum massgeblich. Bei der Überführung entspricht der neue Beschäftigungsgrad den bisherigen Anstellungsprozenten aufgerundet auf die nächste ganze Prozentzahl. Dies hätte bei den meisten Lehrpersonen eine leichte Verbesserung des Bruttolohns zur Folge.

«Lehrpersonen reden vermehrt davon, dass ein Streik nötig sei.»

Viele Lehrpersonen meldeten jedoch dem VPOD, dass sie eine Lohnkürzung in Kauf nehmen mussten. Wie kam es dazu? Zu einer Lohnneinbusse kann es nur kommen, wenn die Lehrperson ihren Beschäftigungsgrad reduziert. Bspw. weil sie mehr oder weniger Prozent arbeiten will oder wenn die Schule aus schulorganisatorischen Gründen der Lehrperson das Pensum nicht mehr anbieten kann. Eine einseitige Kürzung der Schule erfordert in jedem Fall eine anfechtbare Änderungskündigung, die vor Ende der Kündigungsfrist eintreffen muss und allenfalls eine Abfindung auslöst.

Hat der VPOD Grund zur Annahme, dass diese Regelung umgangen wurde? Ja, wobei dies selten wissenschaftlich gemacht wurde. In einigen Fällen war die Schulführung schlecht informiert und begründete eine Kürzung des Beschäftigungsgrades mit dem Wegfall der Altersent-



lastung. Der VPOD konnte in diesen Fällen erfolgreich intervenieren und darlegen, dass der Anspruch auf den selben Beschäftigungsgrad auch durch Wegfall der Altersentlastung bestehen bleibt.

Neben der turbulenten Überführung scheint sich die Stimmung der Lehrpersonen auch im Verlauf des Jahres nicht verbessert zu haben. Das trifft leider auf einige Schulen zu. Wobei betont werden muss, dass die Schulen den Berufsauftrag unterschiedlich gut umgesetzt haben. In vielen Schulen ist aber die Verunsicherung und die Unzufriedenheit gestiegen. Dies zeigen auch die Resultate der beiden Umfragen des VPOD und der anderen Berufsverbände.

Sind die Schulleitungen dafür verantwortlich? Der nBA erfordert von den Schulleitungen eine hohe Personalführungskompetenz. Genügt diese nicht, kann das den Frust im Kollegium steigern. Der Fehler liegt aber nicht pauschal bei den Schulleitungen. Viele engagierte Schulleitungen haben es geschafft, die systembedingten negativen Auswirkungen des nBA mit einer behutsamen und vernünftigen Einführung zu lindern. Insbesondere dann, wenn sie das Kollegium im Prozess miteingebunden haben.

Der Fehler liegt also auch in der Ausgestaltung des nBa. Ein wesentliches Ziel des Berufsauftrages wäre es ja, die Lehrpersonen vor zeitlichen Überbelastungen zu schützen.

Wird dieses Ziel bis jetzt nicht erreicht? Leider nein. Der Berufsauftrag scheint für einen grossen Teil des Schulpersonals keine Verbesserung der Belastungssituation gebracht zu haben. Viele empfinden den neuen Berufsauftrag gar als zusätzliche Belastung. Grund dafür sind unter anderem verschiedene Mängel bei den rechtlichen Grundlagen.

Was für Mängel sind das genau? Als grösster Nachteil gilt sicherlich der Wegfall der altersbedingten Pensuentlastung. Diese Umstellung verursacht insbesondere bei älteren Lehrpersonen eine massive Schlechterstellung. Ausserdem ist die Regelung bezüglich unverschuldete Abwesenheiten skandalös. Wenn Lehrpersonen weniger als einen Monat krank sind, müssen sie alle verpassten



Illustration: Cornelia Diethelm

Arbeiten ausserhalb des Bereiches Unterricht – in den Bereichen Schule, Zusammenarbeit, und Weiterbildung – nachholen und die Gesamtjahresarbeitszeit in diesen Bereichen trotz Krankheit erfüllen.

Wäre der VPOD mit dem Berufsauftrag zufrieden, wenn diese Mängel behoben sind? So einfach ist es leider nicht. Es gilt, das ganze System zu überdenken. Seit der Arbeitszeitstudie der Zürcher Lehrpersonen ist klar, dass Lehrpersonen auf allen Stufen im Schnitt mehr als die neu vorgegebene Jahresarbeitszeit arbeiten. Der von den Verbänden geforderte Umrechnungsfaktor von 60 Stunden pro Lektion würde die Situation etwas beruhigen. Mittelfristig braucht es aber eine Gesamterfassung, ein faires, unbürokratisches Zeiterfassungssystem und den Willen entweder unnötige Aufgaben zu reduzieren oder zusätzliche Ressourcen zu sprechen.

Die Verbände haben gemeinsam eine zweite Umfrage durchgeführt. Wie geht es jetzt weiter? Ausgehend von den Resultaten der Umfragen werden wir gemeinsam mit den Lehrpersonen an einer Veranstaltung konkrete Forderungen formulieren (nach Redaktionsschluss, Anm. d. Red). Unabhängig davon gilt es für die Bildungsdirektion dafür zu sorgen, dass der nBA nicht auf Kosten der Lehrpersonen missbraucht wird. Das darf auch nicht warten, bis im kommenden Jahr die geplante externe Evaluation durchgeführt wurde.

Wie will der VPOD dafür sorgen, dass die Forderungen umgesetzt werden? Schlussendlich entscheiden die Lehrpersonen und unsere Mitglieder, wie weit sie bereit sind, für die Forderungen einzustehen. Im Idealfall nimmt die Politik die Situation der Lehrpersonen ernst und setzt die Forderungen der Verbände um. Viele Lehrpersonen reden vermehrt davon, dass ein Streik nötig sei. Der VPOD wäre allenfalls zu solchen gewerkschaftlichen Kampfmassnahmen bereit, falls keine Verbesserung der Situation in Aussicht gestellt wird. ■



An der alljährlichen Mitgliederversammlung des Zürcher Berufsverbands der Logopädinnen und Logopäden (zbl) nehmen viele Verbandsmitglieder ihr Mitspracherecht wahr und beteiligen sich aktiv am Verbandsgeschehen.

40 Jahre im Dienst der Sprache

40 Jahre nach der Gründung des Zürcher Berufsverbands der Logopädinnen und Logopäden (zbl) ging dieser am 1.1.2018 eine assoziierte Mitgliedschaft mit dem VPOD ein.

Nach rund 250 Tagen der Mitgliedschaft ist es an der Zeit zu zeigen, was sich hinter den drei Buchstaben – oder «Graphemen», wie es Logopädinnen und Logopäden sagen würden – verbirgt.

Rund 600 Logopädinnen und Logopäden aus dem Schul-, Nachschul-, Früh- und klinischen Bereich bilden das Fundament des zbl. Der sechsköpfige Vorstand, der verschiedene Kommissionen und Arbeitsgruppen leitet, wird durch das Sekretariat unterstützt.

Logopädinnen und Logopäden befassen sich mit Störungen der Kommunikation, der Sprache, des Sprechens, des Redeflusses, der Stimme, des Schluckens, der Schriftsprache und des mathematischen Verständnisses bei Menschen aller Altersgruppen.

Sie arbeiten an Volksschulen sowie in privaten Institutionen, Stiftungen, Kliniken und Praxen. Sie sind oft Schnittstelle zwischen Patienten, Angehörigen, medizinischem Fachpersonal und Ämtern. Die Vernetzung und der Austausch mit anderen Berufsgruppen und deren Verbänden sowie mit Amtsstellen ist daher für den zbl-Vorstand ein zentraler Punkt der täglichen Verbandstätigkeit.

Mit einem breiten Weiterbildungsangebot setzt sich der zbl für die Qualitätssicherung in der Logopädie ein. Dazu gehören Einführungskurse für Logopädinnen und Logopäden mit ausländischem Diplom, Supervisionsangebote für Berufseinsteiger, Weiterbildungskurse zu verschiedenen logopädischen Thematiken sowie Fokusabende zu berufs- und anstellungspolitischen Fragen. Der zbl führt auch Tandemkurse für Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und deren schulinterne logopädische Fachperson zum Thema Leserechtschreibstörung (LRS) an.

Der zbl schätzt die gute Zusammenarbeit mit dem VPOD als ein fachlich fundiertes Bindeglied zwischen den kommunal angestellten Schullogopädinnen und -logopäden aus dem zbl und den Amtsstellen des Kantons. Der zbl-Vorstand freut sich auf die weitere Zusammenarbeit. ■

Text und Foto: Irina Bannwart, vbl.

VPOD-Vorschläge zur Verbesserung der BVK-Vorsorge werden umgesetzt

Der VPOD hat im letzten Januar mehrere Änderungsvorschläge zum Leistungskatalog der BVK eingereicht. Die BVK setzt alle der vorgeschlagenen Verbesserungen bereits ab 2019 um.

Von Fabio Höhener

Endlich gibt es wieder eine positive Nachricht für die Versicherten der Vorsorgeeinrichtung BVK. Nach den massiven Kürzungen des Umwandlungssatzes im Jahr 2017 stehen die Änderungen des Vorsorgereglements der BVK ab 2019 im Zeichen von Leistungsverbesserungen. Nach dem Abbau der letzten Jahre sind die Anpassungen für viele Versicherte zwar nur ein schwacher Trost, sie sind jedoch ein positives Signal für die Zukunft.

Die Änderungen des Leistungskatalogs zeigen, dass sich die Sozialpartnerschaft lohnt. Im Januar 2018 hat die Geschäftsleitung der BVK die Verbände eingeladen, Verbesserungsvorschläge einzugeben. Die Forderungen des VPOD werden bereits ein Jahr nach der Eingabe weitgehend umgesetzt. Der VPOD ist erfreut über die Arbeit des neuen Stiftungsrates und erhofft sich für die Zukunft spürbare Leistungsverbesserungen. Insbesondere sollen bei nächster Gelegenheit die VerliererInnen der letzten Ände-

rung profitieren. Dazu gehören die älteren Aktivversicherten, die in jungen Jahren zu wenig angespart haben und die jüngeren Pensionierten die mit einem reduzierten Umwandlungssatz in die Pension sind.

Wir wissen selber, was gute Care-Arbeit ist!

Zum Abschluss des diesjährigen VPOD-Leseseminars «Professionalisierung – oder Ökonomisierung?» luden die Seminarteilnehmerinnen ins Volkshaus ein.

Von Martina Flühmann

Das VPOD-Leseseminar zum Abschluss zu öffnen und in den Weissen Saal im Volkshaus einzuladen, war ein bewusster Entscheid. Zusammen mit Tove Soiland setzte sich eine Gruppe der Seminarteilnehmerinnen in der Vorbereitung damit auseinander, die Thematik des Leseseminars für ein grösseres Publikum zugänglich zu machen. Die Vorarbeit hat sich gelohnt: Der Einstieg erfolgte über ein eigens einstudiertes Theater, das einen Einblick in die absurden Veränderungen in der Care-Arbeit gab. Der Brückenschlag zwischen Berufsalltag und Seminarlektüre gelang daraufhin im Rahmen eines Podiums: Geschicht verknüpften Seminarteilnehmerinnen Beispiele aus dem Arbeitsalltag mit den im Seminar diskutierten Theorien.

Am Ende der Veranstaltung erreichte eine Grussbotschaft der Frauen aus der Romandie den Saal. Diese

hatten im Rahmen einer gut besuchten Versammlung anfangs Juni die Frage «Vers une grève féministe 2019?» – ein Frauenstreik 2019? – mit einem deutlichen JA beantwortet und die Zürcherinnen aufgerufen, diesen Weg gemeinsam mit ihnen zu gehen! Es lag aber nicht nur an den kämpferischen und motivierenden Worten aus der Romandie, dass sich viele in die Liste für die Vernetzung für einen Frauenstreiktag eingetragen haben. Weitere Interessierte melden sich bei: info@vpod-zh.ch mit dem Betreff «Frauenstreiktag».

#ENOUGH18 – Gratis Extrazug nach Bern

Für die Demo vom 22. September für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung gibt es einen Gratis-Extrazug.
Winterthur ab: 11:38 Uhr
Zürich HB ab: 12:14 Uhr
Bern an 13:45 Uhr

Das VPOD-Frauenforum trifft sich mit allen, die gemeinsam anreisen möchten, in Zürich auf dem entsprechenden Gleis im Sektor C (Treppenaufgang aus der Passage Sihlquai) – VPOD-Fahnen und Transparente beachten!

Die Gratis-Rückfahrt erfolgt um 17:10 Uhr ab Bern (Zürich an 18:44 Uhr, Winterthur an 19:28 Uhr)

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Sonntag, 16. September 2018, ab 10 Uhr
Lauf gegen Rassismus, Bäckeranlage, Zürich

Mittwoch, 19. September 2018, 17:00 – 19:00 Uhr
Versammlung Gruppe Volksschule
VPOD Sitzungssaal 5. Stock,
Birmensdorferstrasse 67, Zürich

Samstag, 22. September, Besammlung 13:30 Uhr
#ENOUGH18 (siehe oben)
Schützenmatte in Bern

Mittwoch, 3. Oktober 2018, 19:15 Uhr
Präsentation der Forderungen zum neuen Berufsauftrag
Volkshaus Zürich

Vorankündigung: Freitag, 19. Oktober 2018, ab 17:00 Uhr
Zukunft mit Geschichte(n) – 100 Jahre VPOD Sektion Zürich
Kanton
Wirtschaft Theater am Neumarkt,
Neumarkt 5, Zürich

Freitag, Samstag 9./10. November 2018
VPOD Frauenkonferenz
Solothurn

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 4 / September 2018**, erscheint fünf Mal jährlich, 3. Jahrgang, Auflage: 3800